Zwischen Krise und Triumph[1]

von Michael Dauderstädt

■ In beinahe allen Staaten Ost- und Südosteuropas nehmen einflussreiche sozialdemokratische Parteien, die Mitglied der Sozialistischen Internationale sind, am politischen Leben teil. Sie sind – von wenigen Ausnahmen abgesehen – aus reformkommunistischen Parteien hervorgegangen und stellen – nach den Bankrott bürgerlicher und nationalistischer Parteien – derzeit vor allem in den EU-Beitrittsländern die Regierung. ■

Michael Dauderstädt ist Leiter des Referats Internationale Politikanalyse der Friedrich Ebert Stiftung.

Als die kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa zusammenbrachen, hofften viele Sozialdemokraten im Westen wie im Osten, dass sie das Erbe der alten Regime antreten würden. Die Menschen in den vormals realsozialistischen Gesellschaften waren an ein hohes Maß sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit gewohnt und vor allem an politischer Freiheit interessiert, die die kommunistischen Parteien verweigert hatte, die ihnen die Sozialdemokratie jedoch bot und wodurch sich letztere am klarsten vom Kommunismus unterschied. Die bekannteste und stärkste antikommunistische Oppositionsbewegung, die polnische Solidarnosc, war zunächst eine Gewerkschaft und verkörperte somit die Tradition der demokratischen Arbeiterbewegung. Tatsächlich widersetzte sie sich nach 1990 auch den neoliberal inspirierten Reformprogrammen der „eigenen" Regierung (Balcerowicz).

Die tatsächliche Entwicklung der ersten Jahre nach dem Umbruch enttäuschte diese Hoffnungen. Bei den meisten „*founding elections*", den ersten freien Wahlen nach Ende des Kommunismus, siegten liberal-national-konservativ orientierte Kräfte.[2] Sozialdemokratische Parteien, soweit sie antraten, scheiterten an einer doppelten Skepsis der Wähler. Diese misstrauten nach Jahren kommunistischer (meist „sozialistisch" genannter) Parteidiktatur allem, was erstens nach Partei und zweitens nach Sozialismus aussah. Bezeichnenderweise nannten sich die antikommunistischen Parteien meist „*Forum*", „*Bewegung*", „*Union*" oder ähnlich und vermieden den Begriff „Partei". Auch Sozialdemokraten (im Sinne von an sozialdemokratischen Werten orientierter Bürger) organisierten und fanden sich zunächst eher in diesen Bewegungen und nur zu geringen Teilen in den eigenen kleinen sozialdemokratischen Parteien, die entweder Wiedergründungen historischer, zwischenzeitlich verbotener und/oder exilierter Parteien oder Neugründungen in der programmatischen Tradition der Sozialdemokratie waren.

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

Drei Ursprünge der Sozialdemokratie in Mittel- und Osteuropa

Im Ergebnis organisierten sich Sozialdemokraten in drei, von ihren Ursprüngen her zu unterscheidenden Parteitypen[3], nämlich in den schon erwähnten historisch-traditionellen Parteien, weiters als „linker", d.h. sozial orientierter Teil der demokratischen, antikommunistischen Oppositionsbewegungen und schließlich als „rechter", d.h. reformorientierter, demokratischer Flügel der alten kommunistischen Parteien. Im Zuge des Transformationsprozesses entwickelten und veränderten sich diese drei Strömungen deutlich:

1. Die Traditionsparteien mit ihrer stark programmatischen Ausrichtung litten meist unter heftigen inneren Konflikten und Spaltungstendenzen (z.T. bedingt durch Gegensätze zwischen Generationen und Exil- bzw. Untergrundflügeln) und hatten Schwierigkeiten, ihre traditionellen Konzepte der besonderen Situation der Transformation, d.h. dem Aufbau des Kapitalismus unter noch fragilen demokratischen Bedingungen, anzupassen. Nicht zuletzt standen sie vor dem Dilemma, ihre Position im Spannungsfeld von liberalen und exkommunistischen Kräften zu definieren, wobei die von Exil und Widerstand geprägten Traditionalisten naturgemäß eine Zusammenarbeit mit den Exkommunisten ablehnten. In der ersten Phase der Transformation gehörten sie oft den antikommunistischen Oppositionskoalitionen an. Im Extremfall (z.B. Bulgarien) kam es zur Spaltung, wobei ein Teil mit der konservativ-liberalen („demokratischen") früheren Opposition und der andere mit den sich reformierenden Ex-Kommunisten koalierte.

2. Die Oppositionsbewegungen zerfielen in der Regel dort, wo sie die Macht übernahmen, bald nach ihrem Sieg in unterschiedliche politische Parteien. Die „linken" Elemente gründeten entweder eigene Parteien wie z.B. die polnische „Arbeitsunion" (UP) oder verblieben als sozialliberaler Flügel in liberalkonservativen Parteien (z.B. im ungarischen „Bund der Freien Demokraten" – SZDSZ). Ihr Einfluss blieb aber eher bescheiden.

3. In den kommunistischen Parteien fanden überall erhebliche Veränderungen statt, die in einer Reihe von Parteien, die hier im Vordergrund der Betrachtung stehen, zu einer mehr oder weniger raschen

Z 4708

und tiefgreifenden „Sozialdemokratisierung" führten, in deren Verlauf orthodoxe Kräfte die umbenannte und reformierte Partei verließen. Der Prozess umfasste neben der Namensänderung oft eine Neuregistrierung der Mitglieder, verbunden mit einem massiven Mitgliederrückgang, einem weitgehenden Verzicht auf das alte Parteivermögen und einer programmatischen Erneuerung. Trotzdem zählten diese Parteien in den meisten Ländern zu den mitgliederstärksten Parteien mit der besten Flächenabdeckung und Qualifikation der Funktionäre. Sie konnten sich oft zusätzlich auf – sich parallel reformierende – Gewerkschaften stützen. Der Lackmustest der Sozialdemokratisierung blieb aber in den Augen der internationalen Sozialdemokratie und der politischen Gegner und Konkurrenten das konkrete politische Verhalten im Transformationsprozess, also die Unterstützung der demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen und des Kurses der Westintegration.

In den zwölf Jahren nach dem Umbruch verloren die Wähler ihre anfängliche Skepsis gegenüber Parteien und sozialistischen Konnotationen und wandten sich unter dem Eindruck der Transformationskrise mit ihrem Einkommensrückgang, der wachsenden Ungleichheit und Arbeitslosigkeit wieder stärker sozialdemokratischen Kräften zu. Davon profitierten aber in erster Linie die reformkommunistischen Parteien dank ihrer oben genannten Vorteile. Sie siegten in Litauen, Polen und Ungarn und läuteten damit eine zweite Phase der Transformation ein, die sich deutlich von der liberalen Markteuphorie der ersten Phase unterschied. Nur im Falle Tschechiens gelang es einer historischen sozialdemokratischen Partei (ČSSD) an die Macht zu kommen, allerdings erst viel später aufgrund einer Währungs- und Bankenkrise und auch nur in Form einer fragilen Minderheitsregierung. Der tschechische Sonderfall zeichnet sich auch durch eine besonders wenig reformierte kommunistische Partei (KSČM) aus, von der sich daher immer mehr reformorientierte Fraktionen abspalteten, ohne jedoch im engen linken Spektrum zwischen ČSSD und KSČM Einfluss gewinnen zu können.

Unterschiedliche Transformationen – unterschiedliche Sozialdemokratien

Die bisherigen Betrachtungen konzentrierten sich auf die Hauptkonfliktlinie innerhalb des frühen Transformationsprozesses, den Gegensatz zwischen Kommunisten und antikommunistischer Opposition. Tatsächlich dominierte in vielen Ländern jedoch ein zweiter Konflikt die Politik, nämlich die Frage der nationalen Unabhängigkeit. Der Zerfall der drei Föderalstaaten UdSSR, Jugoslawien und Tschechoslowakei Anfang der 1990erJahre veränderte die staatliche Landschaft in Mittel- und Osteuropa tiefgreifend und mit ihr die Rahmenbedingungen und die Agenden der jeweiligen nationalen Politik. Viele Parteien definierten sich weniger über ihre gesellschaftspolitische Programmatik im Links-Rechts-Spektrum als durch ihre Position zu den Zielen und Wegen der Unabhängigkeitspolitik.

In den vielen neuen Nationalstaaten[4] bestand die Transformation nicht ausschließlich oder sogar nur in geringerem Maße im Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft und von der Parteidiktatur zur Demokratie, sondern vielmehr im Aufbau eines unabhängigen Nationalstaates mit seinen vielfältigen rechtlichen und verwaltungsrechtlichen Problemen. Vor allem im ehemaligen Jugoslawien vollzog sich dieser Prozess in einer gewaltförmigen, kriegerischen Weise, die das politische Leben über Jahre prägte. Diese doppelte Transformation erschwerte die Artikulation sozialdemokratischer Politik, für die in der Regel die nationale Unabhängigkeit nur eine Voraussetzung für eine autonome Gesellschaftspolitik ist und die daher keine spezifische eigene nationalpolitische Programmatik aufweist.

Die zweite wichtige Differenzierung unter den postkommunistischen Ländern hinsichtlich ihrer Transformationsprozesse betrifft die Geschwindigkeit der Reformen. Während vor allem die mitteleuropäischen und baltischen Länder versuchten, rasch die Institutionen und Strukturen einer demokratischen Marktwirtschaft zu etablieren (t zuletzt, um eine historische Gelegen sowjetisch/russischer Schwäche zu nut ließen sich die meisten Länder Südos ropas und der ehemaligen Sowjetun mehr Zeit. Dort kam es mangels sta Oppositionsbewegungen auch oft erst mehrjähriger Verzögerung zu einem w lichen Machtwechsel, in dem die Ex-K

Tabelle 1: Unterschiedliche Transformationen in Mittel- und Osteuropa

	Alte Nationalstaaten	**Neue Nationalstaaten**
Schnelle Reformer	Polen, Tschechoslowakei, Ungarn	Tschechien, Slowakei, Lettland, Estla Slowenien, Kroatien
Langsame Reformer	Rumänien, Bulgarien, Albanien	Russland, Belarus, Ukraine, Moldaw Serbien, Bosnien, Makedonien, Georgien, Armenien, Litauen

Ein Land gilt dann als „Schneller Reformer", wenn es mehr als 27 Punkte in der Summe von n Transformationsindikatoren, die jeder zwischen ein und vier Punkte haben, also einen Durchschn wert von drei Punkten pro Indikator erhält (entnommen aus Tabelle 2.1. „Progress in Transition" dem Transition Report der EBRD 1996, S.11).

„Langsamer Reformer" ist definiert durch weniger als 27 Punkte.
„Alte Nationalstaaten" sind definiert als schon unabhängig zwischen 1950 und 1990.
„Neue Nationalstaaten" sind definiert als unabhängig nach 1990.

munisten abgelöst wurden. Die Geschw digkeit der Reformen ist dabei nicht un hängig von der Entwicklung der Par strukturen im jeweiligen Land. So ist verspätete Transformation in Rumänien u Bulgarien nicht zuletzt der Tatsache schuldet, dass dort wenig reformierte kommunistische Parteien noch länger der Macht blieben und sich auch in der O position nur langsam einem sozialdemok tischen Profil annäherten.

Es fällt auf, dass die größten Erfo der Sozialdemokratie in den Ländern linken oberen Quadranten der Tabelle, a in den sich schnell reformierenden al Nationalstaaten stattfanden (wenn m Tschechien als Folgerepublik der al ČSFR ansieht und miteinschließt; v auch unten Tabelle 3). In Polen (2001) u Ungarn (2002) gelang ihnen sogar de Mittel- und Osteuropa seltene Erfolg, na einer Oppositionsphase ein zweites Mal die Macht zu kommen. Der rasche R formprozess im Zuge einer zunächst li ralen Orientierung (ggf. sogar in Form ner „Schocktherapie") hat in diesen L dern bei den WählerInnen auch rasch den Wunsch nach einem auf sozialen A gleich abzielenden Politikwechsel herv gerufen. Die geklärten nationalen Ide täten haben weiter dazu geführt, dass s die soziale (und nicht die nationale) F ge als zentrale Konfliktlinie der Poli etabliert hat. Beides bietet einer sozialdemokratischen Partei bessere Handlungsb dingungen.

Dabei sind nationalpolitische Themen auch in den territorial und ethnisch weitgehend abgeklärten Ländern selten ganz von der Agenda verschwunden. Sie bieten PolitikerInnen immer wieder Möglichkeiten, von anderen, kaum lösbaren Problemen abzulenken und mit dem Ausspielen der „nationalen Karte" auf Stimmenfang zu gehen. Dazu dienten in Tschechien etwa die Beneš- Dekrete, in Ungarn der Status der ungarischen Minderheit in den Nachbarländern und in einer Reihe von Ländern Probleme der wirtschaftlichen Integration, insbesondere auch des EU-Beitritts, die sich etwa an der Frage des Aufkaufs nationaler Vermögenswerte durch ausländische Investoren entzünden.

Der sozialdemokratische Charakter von Parteien in Mittel- und Osteuropa

Bisher wurde implizit unterstellt, es sei klar, was unter „sozialdemokratisch" in Mittel- und Osteuropa und damit im Kontext der Transformation zu verstehen sei. Dies ist weder grundsätzlich, noch im Hinblick auf die Qualifizierung bestimmter politischer Parteien als „sozialdemokratisch" selbstverständlich. Eine deduktive Definition müsste zunächst bestimmen, was die Rolle der Sozialdemokratie im Transformationsprozess wäre, um daraus abzuleiten, ob einer Partei dieses Prädikat zukommt – dann nämlich, wenn sie diese Rolle erfüllt.

Schon die Antwort auf die erste Frage ist partiell umstritten. Während der einfachere Teil, der Aufbau und die Sicherung der politischen Demokratie, klar, aber nicht spezifisch sozialdemokratisch ist, bleibt der gesellschaftspolitische Auftrag deutlich weniger eindeutig. Da sich die Sozialdemokratie historisch in Auseinandersetzung mit dem bestehenden Kapitalismus entwickelte und ihre Aufgabe in dessen Zähmung oder gar Überwindung sah, ist ihre soziale Aufgabe im Kontext des Aufbaus des Kapitalismus auf den Ruinen einer Planwirtschaft neu zu bestimmen. Grundsätzlich besteht sie in einer Begrenzung der Durchsetzung der Markt- und Warenlogik (Kommodifizierung). Aber insbesondere in der frühen Phase der Transformation wurde der Versuch einer vorzeitigen Bremsung dieses Prozesses als gefährlich erachtet.

Die modernen Sozialdemokraten (nach Godesberg, ganz zu schweigen vom „Dritten Weg") gehen von einer gemischten Wirtschaft aus, die einen großen Privatsektor mit einem ebenfalls großen Staatssektor verbindet, der nicht nur zwischen einem Drittel und der Hälfte des Volkseinkommens „verwaltet", sondern auch den privaten Sektor in vielfältiger Weise reguliert. Ausgehend von einer kommunistischen Zentralverwaltungswirtschaft geht es zunächst darum, durch Liberalisierung und Privatisierung den „privaten", marktförmig organisierten Teil der Wirtschaft zu schaffen. Dazu hat die Sozialdemokratie weder ein besonderes Programm noch eine besondere Kompetenz. Aber wenn man das – in sich noch recht breit variierende – Modell westlicher Wohlfahrtsstaaten als Ziel unterstellt, so ergibt sich als sozialdemokratische Aufgabe in der Transformation in der ersten Phase die Unterstützung der Reformen, insbesondere auch gegen Bremsversuche der alten Nomenklatura, in der nächsten Phase die Festigung der neuen Struktur bei gleichzeitigem Schutz der besonders Betroffenen und sozial Schwachen und schließlich – nach Abschluss der Reformen – die Stärkung des sozialen und ökologischen Charakters der Marktwirtschaft.

Dies vorausgesetzt, kann eine Partei als „sozialdemokratisch" gelten, wenn sie sich subjektiv-programmatisch als sozialdemokratisch versteht und objektiv diese Strategie verfolgt und unterstützt. Im realen Verlauf der Transformation gab es sowohl Parteien, die das sozialdemokratische Etikett für sich beanspruchten, aber tatsächlich den Reformprozess mit Skepsis betrachteten und ihn nur halbherzig unterstützten (z.B. die postkommunistischen Parteien in den langsamen Reformländern wie Rumänien und Bulgarien), als auch solche, die sich selbst nicht als Sozialdemokraten verstanden, de facto aber eine Politik der sozial abgefederten Reformen verfolgten (z.B. die Solidarnosc-Regierung Olszewski 1991/92 in Polen oder auch Vaclav Klaus, der bei aller Marktrhetorik z.B. die Preise für Mieten und Energie weiter kontrollierte, oder die erste ungarische Regierung des christdemokratischen MDF).

Naturgemäß boten sich die Sozialdemokraten erst in der zweiten Phase der Transformation als Träger des Wandels an. Trotzdem blieb es ihnen in Ausnahmefällen auch überlassen, die schmerzhaften Schritte der Transformation selbst durchzuführen. So sahen sich die ungarischen Sozialisten wegen der von der ersten Regierung hinterlassenen makroökonomischen Probleme gezwungen, einen harten Sparkurs zu verfolgen. In Ländern mit verspäteten Reformen bildeten die Sozialdemokraten meistens einen Teil der weiter gegen die fortgesetzte Dominanz der Postkommunisten kämpfenden Oppositionskoalition, die sich für eine Beschleunigung der Reformen einsetzte. Letztlich kann der Politikwechsel zwischen Sozialdemokraten und Liberalen als Suchprozess für ein akzeptables Gleichgewicht zwischen Markt (Aufbau des Kapitalismus) und sozialer Abfederung der Transformation verstanden werden, der sich auch nach Abschluss der eigentlichen Transformation analog wie in entwickelten demokratischen Marktwirtschaften weiter fortsetzt.

Geht man über diesen engeren gesellschaftspolitischen Definitionsrahmen hinaus und nimmt noch die offensichtliche demokratische sowie die real oft wichtigere nationalpolitische Dimension mit auf, so zeichnen sich drei Kriterien ab, für die eine Partei, Gruppe oder Person in Ostmitteleuropa eintreten sollte, wenn sie als sozialdemokratisch gelten will:

- das Eintreten für Demokratie im Sinne der Respektierung der Menschenrechte und der Mehrparteiendemokratie;
- die Zielsetzung des Aufbaus einer sozialen Marktwirtschaft im Sinne der pragmatischen Fortsetzung der Reformpolitik;
- das Engagement für Frieden im Sinne eines Ausgleichs nationaler und ethnischer Interessenkonflikte.

Damit unterscheiden sich die Sozialdemokraten von den wichtigsten politischen Alternativen:

- von den Nationalisten, die das jeweilige nationale Interesse immer nur gegen andere Staaten und Völker oder Minderheiten durchsetzen wollen;
- von den Liberalen, die das Attribut „sozial" vor der Marktwirtschaft streichen und die Reformpolitik ideologisch radikal und nicht pragmatisch fortsetzen wollen;
- von den Kommunisten, die die Reformen bremsen wollen oder gar eine – wenn auch vielleicht nicht vollständige – Rückkehr zum Sowjetsystem anstreben.

Für die weitere Betrachtung bietet sich jedoch ein formales Kriterium an, das mit den genannten inhaltlichen Kriterien weitgehend zusammenfällt, nämlich die Anerkennung einer Partei als „sozialdemokratisch" durch die (west-)europäische und internationale Sozialdemokratie, was seinen formellen Ausdruck in der Aufnahme in die „Sozialistische Internationale" findet, wobei mehrere Grade vom einfachen „Beobachter" über die beratende Mitgliedschaft zum Vollmitglied zu unterscheiden sind. Diese Hierarchie muss nicht durchlaufen werden, jedoch

drückt ein geringerer Grad aus, dass die Organisation (sprich: einige Mitgliedsparteien) die entsprechende Partei (noch) nicht für voll sozialdemokratisch halten. Schließlich kann die Mitgliedschaft auch suspendiert werden, wenn eine Partei nicht mehr den Ansprüchen genügt (so geschehen bei der ungarischen MSZDP). Die nebenstehende Tabelle gibt einen Überblick über die nach diesen Kriterien (Anfang 2002) 25 sozialdemokratischen Parteien in Mittel- und Osteuropa, wobei zusätzlich noch eine slowenische Partei (SDSS) aufgeführt ist, die sich inzwischen von der SI getrennt hat. Der historische Hintergrund ordnet dabei die Parteien nach ihrem Ursprung (s.o.) ein, während die letzte Spalte einen Hinweis auf ihre Stärke im Sinne von Wahlergebnissen gibt.

Diese aktuelle Tabelle gibt einen Zustand an, der das Resultat vieler Veränderungen ist und sicher auch weitere Veränderungen erfahren wird. Nach 1989 stand die SI immer wieder vor der Frage, welche Parteien aufzunehmen (sehr selten auch wieder auszuschließen) wären. Die Beurteilung war oft umstritten und im Ergebnis ein Kompromiss verschiedener Einschätzungen und Interessen. Wahlerfolge und gute Kontakte zu westlichen Sozialdemokraten spielten ebenso eine wichtige Rolle wir programmatische Korrektheit und „Linientreue", außenpolitische Kompatibilität und tatsächliche sozialdemokratische Politik. Winzige Parteien konnten sich naturgemäß fast nur durch guten Willen und die richtigen Worte legitimieren. Es ist zu erwarten, dass bei weiteren Reformfortschritten weitere Nachfolgeparteien der kommunistischen Parteien in die SI aufgenommen werden (z.B. die Bulgarische Sozialistische Partei).

Es liegt im Interesse der SI und wohlverstanden auch der Sozialdemokraten in Mittel- und Osteuropa, dass alle sozialdemokratischen Kräfte eines Landes in einer Partei vereinigt sind und nicht miteinander konkurrieren. Schon aus Gründen des Wahlrechts ist es in vielen Ländern angezeigt, die oft ohnehin nicht zahlreichen Stimmen nicht noch weiter zu zersplittern und damit parlamentarische Vertretungsmöglichkeiten (ganz zu schweigen von einer Regierungsbeteiligung) zu verschenken. Tatsächlich ist es in einigen Ländern zumindest phasenweise gelungen, die traditionellen Konflikte zwischen reformkommunistischen und traditionellen bzw. aus der antikommunistischen Opposition hervorgegangenen Parteien zu überwinden und zwischen ihnen Koalitionen oder gar Vereinigungen zustande zu bringen (z.B. Polen, Slowakei, Bulgarien, Rumänien).

Tabelle 2: Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale in Mittel- und Osteuropa

Land	Partei	Histor. Hintergrund	SI-Status	Stärke
Albanien	PSDSH PSSH	Historisch Reformkommunistisch	Vollmitglied Beratendes Mitglied	schwach stark
Armenien	Dashnak	Historisch	Beratendes Mitglied	schwach
Aserbaidschan	SDPA	Neugründung	Beobachter	schwach
Belarus	BSDH	Neugründung	Beobachter	schwach
Bosnien-Herzegowina	SDPBiH	Vereinigung zweier Neugründungen	Vollmitglied	mittel
Bulgarien	BSDP Eurolinke	Historisch Reformflügel der früheren Kommunisten	Vollmitglied Beobachter	schwach schwach
Estland	Moodukad	Vereinigung einer historischen Partei und einer Neugründung	Vollmitglied	mittel
Georgien	SMK	Neugründung	Beobachter	stark
Jugoslawien (Montenegro)	SDP GG	Vereinigung zweier Neugründungen	Beratendes Mitglied	schwach
Kroatien	SDP	Vereinigung zweier Neugründungen	Vollmitglied	stark
Lettland	LSDSP	Vereinigung von Reformkommunisten (LSDP) und historischer Partei (LSDSP)	Vollmitglied	mittel
Litauen	LSDP	Teil von Sajudis (antikommunistische Unabhängigkeitsbewegung)	Vollmitglied	Teil einer starken Koalition
Makedonien	SDSM	Reformkommunisten	Beobachter	stark
Moldawien	PSDM	Neugründung	Beobachter	schwach
Polen	SLD UP	Reformkommunisten Aus Solidarnosc hervorgegangen	Vollmitglied Vollmitglied	stark schwach
Rumänien	PSD	Vereinigung (2001) einer Abspaltung von den Ex-Kommunisten (PD) mit einer historischen Partei (PSDR)	Vollmitglied	schwach
Slowakei	SDL	Reformkommunisten	Vollmitglied	gespalten 2002
	SSSD	Historisch	Vollmitglied	schwach
Slowenien	ZLSD	Reformkommunisten	Vollmitglied	mittel
	SDSS	Partei des „Slowenischen Frühlings", Teil von DEMOS, historische Wurzeln	Beratende Mitgliedschaft aufgegeben	mittel
Tschechien	ČSSD	Historisch	Vollmitglied	stark
Ungarn	MSZP MSZDP	Reformkommunisten Historisch	Vollmitglied Beratendes Mitglied	stark sehr schwa

Erfolgsbedingungen der Sozialdemokratie in Mittel- und Osteuropa

Betrachtet man die Wahlergebnisse der im SI-Sinne sozialdemokratischen Parteien in Mittel- und Osteuropa (vgl. die Tabelle 3), so stechen einige Triumphe (Polen, Ungarn, Tschechien, Makedonien) und eine Fülle von relativen Niederlagen ins Auge, die auf eine dauerhafte Krise der Sozialdemokratie in den jeweiligen Ländern hindeuten. Schon eingangs wurde auf e
ge Gründe für die unterschiedlichen Er
ge der Sozialdemokratie hingewiesen,
in den jeweiligen Transformationsver
fen liegen. Ein positiver Transformatio
verlauf korreliert in der Regel mit einer
folgreichen internationalen Integration
allem in Form der Assoziierung und
trittsvorbereitung zur EU. Dies bestä
sich auch in der Tabelle 3, in der die
teien nach Regionen gruppiert sind. Da
wird deutlich, dass in den EU-Beitrittsk
didaten der langfristige Wahlerfolg (ger

sen am Anteil der Parlamentssitze) höher liegt als in Südosteuropa und erst recht in der GUS, die praktisch kaum einflussreiche sozialdemokratische Kräfte aufweist.

Trotz der erheblichen Unterschiede in den Transformationsverläufen bestehen eigentlich in allen postkommunistischen Ländern gute Basisvoraussetzungen für erfolgreiche sozialdemokratische Politik. Die Sozialstruktur ist durch hohe Anteile von Personen gekennzeichnet, die entweder von Löhnen oder von Sozialleistungen (Renten, Arbeitslosenunterstützung) abhängen und die das „natürliche" Wählerpotenzial der Sozialdemokratie darstellen. Die Transformationskrise hat die Realeinkommen dieser Gruppen fast überall erheblich geschmälert, so dass Anlass für Umverteilungswünsche besteht.[5]

Es ist den verschiedenen sozialdemokratischen Parteien aber nur selten gelungen, dieses Potenzial für sich zu mobilisieren. Selbst einige Erfolge sind eher dem Wahlrecht und der konkreten Parteienkonkurrenz geschuldet, die die Rechte zersplittert und den relativen Erfolg der Sozialdemokratie verstärkt haben (etwa in Polen 1993 oder in Ungarn 1994). Aber in vielen Ländern waren die sozialdemokratischen Parteien weit davon entfernt, auch nur einen relativen Erfolg zu erzielen.

In der Politologie[6] werden drei – sich auch nicht ausschließende – Hauptwege unterschieden, mit denen Parteien WählerInnen an sich binden können:

1. Klientelistisch: Hier umgeben sich die Parteien mit einer Klientel, deren Interessen sie vertreten und die sie oft direkt unterstützen, etwa durch einen privilegierten Zugang zu öffentlichen Gütern oder Ämtern etc.
2. Charismatisch: Hier zieht eine populäre Führungspersönlichkeit die WählerInnen für die Partei an.
3. Programmatisch: Hier identifizieren sich die WählerInnen mit der im Partei- bzw. Wahlprogramm veröffentlichten Strategie der Partei.

Die sozialdemokratischen Parteien haben generell meist den dritten Weg genutzt und sich als Programmparteien verstanden. Ihre „Klientel" war nicht eine kleine Elite, sondern die breiten Schichten der Lohnabhängigen (ggf. in entwickelten und alternden Wohlfahrtsstaaten auch im Zustand der Rente). Eine charismatische Bindung des Wählers gelang dagegen selten.

In Mittel- und Osteuropa dominieren zahlenmäßig zwar ebenfalls die Parteien mit programmatischer Wählerbindung, aber diese Gruppierungen sind meist schwach.

Tabelle 3: Wahlerfolge sozialdemokratischer Parteien in Mittel- und Osteuropa

Land	Partei	Durchschnitt 1990-2001
Bulgarien	Eurolinke EL	1,98%
Tschechien	CSSD	20,08%
Estland	ESDP	8,74%
Ungarn	MSZP	32,43%
Lettland	LSDA	4,67%
Litauen	Koalition *	5,18%
	LSDP	4,73%
Polen	SDL	29,88%
	UP	3,12%
Rumänien	USD	5,17%
	PD	5,33%
	PSDR	0,00%
Slowakei	SDL	10,88%
	SDSS	2,45%
Slowenien	ZLSD	10,55%
Durchschnitt Beitrittsländer		**14,53%**
Albanien	PSDSH	2,80%
Bosnien und Herzegowina	SDP BiH	3,40%
	UBSD	1,00%
Kroatien	SDP	10,20%
	ASH	0,33%
Makedonien	SDSM	32,20%
Jugoslawien	DS	1,53%
Durchschnitt Südosteuropa		**10,29%**
Armenien	ARF Dashnak	2,12%
Belarus	Gramada	0,13%
Georgien	SSP	0,43%
Moldova		0,00%
Russland		0,00%
Ukraine	SPU	0,90%
Durchschnitt GUS		**0,60%**

Mit Ausnahme Tschechiens, wo die sozialdemokratische ČSSD auch enge Bindungen an den Gewerkschaftsbund ČMKOS unterhält, sind die erfolgreichen Parteien ehemalige Kommunisten, die sich durch Mitgliederstärke und eine ausgeprägte Klientelbindung auszeichnen. Zu ihrer Klientel zählen einmal die Beschäftigten, vor allem der (früheren) Staatsunternehmen, wo auch der gewerkschaftliche Organisationsgrad höher ist als in den neuen privaten Unternehmen. Reformkommunistische Parteien haben oft enge Bindungen zu den ebenfalls reformierten alten Gewerkschaften (in Polen gehörte die OPZZ dem von der Nachfolgepartei „Sozialdemokratie der Republik Polen" geführten Wahlbündnis an; ähnlich eng sind die Beziehungen in Ungarn zwischen MSZP und Gewerkschaftsverband MSZOSZ). Die Nachfolgeparteien unterhalten aber auch enge Beziehungen zur exkommunistischen, technokratischen Elite, die wichtige Positionen in der Verwaltung, im Bildungssystem und – dank der spezifischen Formen der Privatisierung – oft auch in der Wirtschaft einnimmt. Letztlich leiden aber alle Parteien an einer relativ schwachen Bindung der mittel- und osteuropäischen Wähler an „ihre" Parteien. Die Volatilität des Wahlverhaltens ist hoch und wird durch den Mangel an echten Politikalternativen und die Aussichtslosigkeit rascher Erfolge noch erhöht. Für einen dauerhafteren Erfolg benötigt die Sozialdemokratie vor allem eine erfolgreiche Strategie für die soziale Entwicklung in ihren jeweiligen Ländern.

In den mit der EU assoziierten Ländern besteht diese Strategie heute weitgehend in der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien für den Beitritt. Die Sozialdemokratie in den Beitrittsländern unterstützt den EU-Beitritt nachdrücklich, oft deutlicher als national-konservative Parteien (gerade in Polen, Ungarn oder Tschechien). Sie übersieht dabei allerdings oft die nicht unproblematischen Verteilungseffekte der Integration. Angesichts wachsender Ängste und Skepsis in der Bevölkerung stellt sich für die Sozialdemokratie die zusätzliche Aufgabe, die Chancen, die der Beitritt bietet, zu nutzen und gleichzeitig die sozialen Risiken zu minimieren.

1 Dieser Artikel beruht auf dem Buch von Michael Dauderstädt, André Gerrits und György Márkus „Troubled Transition. Social Democracy in East Central Europe", Amsterdam 1999. Gegenwärtig ist eine Folgepublikation in Vorbereitung.

2 Die postkommunistischen Länder, in denen gar nicht erst freie Wahlen stattfanden (z.B. Zentralasien), bleiben hier unberücksichtigt. Es gibt dort auch keine nennenswerte organisierte Sozialdemokratie.

3 Dies gilt nicht nur für sozialdemokratische Parteien (vgl. Dieter Segert und Csilla Machos „Parteien in Osteuropa: Kontext und Akteure", Darmstadt/Opladen 1995).

4 Bis auf die fünf Länder Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien existierten die übrigen Staaten Mittel- und Osteuropas vor 1989 nicht in den heutigen Grenzen. Selbst in diesen fünf Ländern spielten ethnische und territoriale Fragen aufgrund des historisch jungen Charakters der heutigen Grenzen oft noch eine wichtige Rolle.

5 Vgl. Delhey, Jan „Osteuropa zwischen Marx und Markt. Soziale Ungleichheit und soziales Bewusstsein nach dem Kommunismus", Hamburg 2001.

6 Vgl. Kitschelt, Herbert u.a. „Post-Communist Party Systems. Competition, Representation, and Inter-Party Cooperation", Cambridge 1999.